**NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
2. SITZUNG DES JUGENDHILFEAUSSCHUSSES**

Sitzungsdatum: Montag, 22.02.2021
Beginn: 14:30 Uhr
Ende: 15:20 Uhr
Ort: Stadthalle Neustadt a.d. Waldnaab,
Am Hofgarten 1

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1	Jugendhilfehaushalt 2021	Sg. 25/012/20-
26
2	Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) - Antrag der Grundschule Vohenstrauß auf Einrichtung einer Stelle für Jugendsozialarbeit an Schulen	Sg. 25/010/20-
26
3	Änderung der Vollzeitpflegerichtlinie	Sg. 25/013/20-
26
4	Antrag der Erziehungsberatungsstelle Weiden auf Bewilligung von zusätzlichen Reinigungsstunden sowie Beteiligung an der bke-Onlineberatung	Sg. 25/015/20-
26
5	Geschäftsbericht 2019	Sg. 25/011/20-
26
6	Sonstiges, Wünsche und Anfragen	

ANWESENHEITSLISTE

Landrat

Meier, Andreas

Ausschussmitglieder

Forster, Karolina

Gradl, Marcus

Grimm, Benedikt

Kühner, Gerhard

Münchmeier, Uli

Pepiuk, Carmen

Reichold, Sonja

Stimmberechtigte Mitglieder

Bronold, Daniel

Weiß, Martina

Beratende Mitglieder

Fritsch, Georg

Hannig, Gunter

Höning, Andrea

Reitinger-Maier, Gabriela

Seitz, Rupert

Troidl, Martina

Vitzthum, Thomas, Diakon

2. Stellvertreter

Lorenz, Karl

Vertretung für Kreisrat Gerhard Stei-
ner

Schriftführer

Weidner, Marcel

Verwaltung

Bauer, Alfons

Gebhard, Christina

Prößl, Claudia

Rex, Petra

Scheidler, Alfred, Dr.

Winderl, Sabrina

Presse

Peterhans, Friedrich

Der neue Tag

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Steiner, Gerhard

Stimmberechtigte Mitglieder

Busch, Stephanie

Grünwald, Elena

Haberzett, Hannelore

Müller, Stephan

Beratende Mitglieder

Bäumler, Martina

Güll, Roland

Prause, Tamara

Landrat Andreas Meier eröffnet um 14:30 Uhr mit der Begrüßung der Anwesenden im Tagungsraum die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Wahlperiode 2020 - 2026.

Er stellt fest, dass die Einladung mit Tagesordnung form- und fristgerecht ergangen ist. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Einwände gegen die Ladung mit Tagesordnung werden nicht erhoben.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

ÖFFENTLICHER TEIL

1 Jugendhilfehaushalt 2021

VARin Andrea Höning schildert anhand der Sitzungsvorlage die wesentlichen Punkte des Jugendhilfehaushalts 2021.

In der Anlage wird der Entwurf des Haushaltsplanes 2021 für den Bereich der Jugendhilfe zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt. Bei der Erstellung dieses Entwurfs wurden die haushaltsrechtlichen Grundsätze beachtet.

VARin Höning möchte die Gelegenheit dieses Vortrages ebenfalls zum Anlass nehmen, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleisteten Arbeiten und auch für die auf sich genommenen Mehrbelastungen zu danken und ein großes Lob auszusprechen.

Landrat Andreas Meier kann sich diesem Dank und Lob nur anschließen. Angesichts der Corona-Krise und des Lock-Downs müsse man kein großer Hellseher sein, dass die Fallzahlen und der Beratungsbedarf durch das Jugendamt wohl auch in den nächsten Jahren nicht sinken sondern eher noch steigen werden.

Auftretende Fragen der Ausschussmitglieder zum vorgestellten Jugendhilfehaushalt 2021 werden von VARin Andrea Höning zufriedenstellend beantwortet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Landrat Andreas Meier den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der von der Verwaltung des Kreisjugendamtes erstellte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2021 für die Abschnitte 45 und 46 des Kreishaushalts („Jugendhilfe“) wird in der heute vorgestellten Form angenommen.

Dem Kreistag wird empfohlen, diesen so zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 0

2 Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) - Antrag der Grundschule Vohenstrauß auf Einrichtung einer Stelle für Jugendsozialarbeit an Schulen

VARin Andrea Höning erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt sowie den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Mit Schreiben vom 30.07.2020 beantragte die Schulleitung der Grundschule Vohenstrauß die Einstellung eines Jugendsozialarbeiters.

Begründet wurde dieses Anliegen mit dem Vorhandensein diverser Probleme und Konflikte an der Schule (siehe angehängten Antrag) , die mit schulischen Mitteln allein nicht mehr zu lösen sind.

Nachdem zu diesem Zeitpunkt keine neuen JAS Stellen mehr gefördert wurden, wurde der Antrag zunächst zurückgestellt.

Für 2021 wurden jetzt 70 neue Stellen für ganz Bayern zur Förderung freigegeben, ebenso für die nächsten 4 Jahre.

Nachdem wir 2020 bereits mit diesem Anliegen bei der Regierung vorstellig wurden, wird unser Antrag für die GS Vohenstrauß bei Zustimmung durch den JHA von der Regierung im März an das StMAS weitergegeben.

Eine Zusicherung kann allerdings vorab noch nicht erteilt werden.

Das fachliche zuständige Schulamt hat ebenso wie die Stadt Vohenstrauß dem Bedarf zugestimmt, die Stadt Vohenstrauß ist bereit, die durch die Förderung des Staatsministeriums und des Landkreises nicht gedeckten Kosten zu übernehmen.

Die Jugendsozialarbeit (JaS) ist eine Form der Hilfe nach § 13 Aechtes Buch Sozialgesetzbuch (SGBVIII)

JAS

- Hat sozial benachteiligte junge Menschen besonders im Blick
- Reagiert mit ihren Leistungen auf gesellschaftliche Entwicklungen
- Stellt eine professionelle sozialpädagogische Hilfe zur Integration dar und
- Leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Chancen- und Bildungsgerechtigkeit.

JAS wendet sich an Jugendliche

- Die Verhaltensauffälligkeiten zeigen, z.B. gehäuftes Schule schwänzen;
- Die wegen ihrer individuellen oder sozialen Schwierigkeiten voraussichtlich keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle finden;
- Aus Zuwandererfamilien , deren Integration erschwert ist
- Mit erhöhten Aggressionspotential und Gewaltbereitschaft
- Mit Drogenproblemen;
- Mit Versagens- oder Schulängsten
- Mit mangelnden Selbstwertgefühl usw.

Wird durch den Jugendhilfeausschuss ein Bedarf an JAS festgestellt, ist der öffentliche Träger der Jugendhilfe verpflichtet, diesen auch zu decken.

Das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration fördert auf freiwilliger Basis die „ Jugendsozialarbeit an Schulen“ aufgrund der „Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen“ (Bekanntmachung des BayStMAS vom 20.11.2012) als Projektförderung im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung.

Die staatliche Zuwendung beträgt im Jahr für eine Vollzeitstelle 16.360 €. Den gleichen Betrag bezuschusst auch der Landkreis, da die staatliche Förderung eine mindestens gleich hohe Beteiligung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe voraussetzt.

Zur Durchführung der Maßnahme soll am Kreisjugendamt eine weitere Stelle für eine sozialpädagogische Fachkraft geschaffen werden.

Aufgrund der Schülerzahl und der geschilderten Probleme an der Schule ist beabsichtigt, eine Fachkraft mit 39 Stunden zu beschäftigen.

Der geplante Beginn wäre der 01.09.2021

In Ziffer 3.1 der oben genannten Richtlinie wird verlangt, dass der Bedarf von Jugendsozialarbeit an Schulen, der anhand relevanter sozialräumlicher Indikatoren festzustellen ist, durch den Jugendhilfeausschuss bestätigt wird.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Antrag der Schule auf Einrichtung einer JAS Stelle wird von Seiten des Kreisjugendamtes uneingeschränkt unterstützt. Die Erfahrungen der Jas-Fachkräfte am Sonderpädagogischen Förderzentrum, aber besonders an der Mittelschule in Vohenstrauß, auch im Zusammenhang mit dem Bezirkssozialdienst, zeigen, dass dort die Fallzahlen in den letzten Jahren immer mehr steigen, gerade im Bereich der 5 und 6 Jahrgangsstufe. Deshalb sind ein frühzeitiges Angebot und Eingreifen dringend notwendig.

Mit dem Einsatz einer JAS-Fachkraft an der Grundschule soll die Zusammenarbeit öffentlicher Jugendhilfe und den Schulen noch weiter vertieft werden. Die bereits gesammelten, guten Erfahrungen an den Schulen, die bereits eine JaS-Fachkraft haben, lassen auf eine positive Entwicklung hoffen.

Die JAS Mitarbeiter arbeiten niederschwellig als Jugendamt vor Ort auch mit dem Ziel, intensive Jugendhilfemaßnahmen ggf. zu vermeiden bzw. zu reduzieren, deshalb ist ein Einsatz bereits an der Grundschule sinnvoll und wichtig.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, dass der Jugendhilfeausschuss die Einrichtung einer JAS-Stelle an der Grundschule Vohenstrauß als bedarfsnotwendig bestätigt.

Kreisrätin Sonja Reichold sieht in den JAS-Mitarbeitern eine gute Fördermöglichkeit für die Jugendlichen, jedoch sei sie erschüttert, dass mittlerweile bereits bei Grundschulern derartige Probleme vorhanden seien. Sie fragt nach, ob auch schon an anderen Grundschulen im Landkreis JAS-Mitarbeiter im Einsatz seien.

VARin Andrea Höning bejaht dies. An der Grundschule in Altenstadt/WN seien bereits seit längerer Zeit JAS-Mitarbeiter im Einsatz. Allerdings müsse auch berücksichtigt werden, dass früher lediglich bei einem entsprechenden Migrationsanteil an der Schule eine Förderfähigkeit bestand. Dies sei mittlerweile nicht mehr so. Teilweise waren JAS-Kräfte aber auch schon an Grundschulen eingesetzt, wo sie räumlich mit einer Mittelschule zusammenhängen, beispielsweise in Eschenbach. Sie selbst sei über die Tatsache, dass mittlerweile teilweise 1.Klässler als nicht beschulbar gelten und eine Betreuung benötigen ebenfalls erschüttert.

Herr Gunter Hannig kann sich diesem Antrag ebenfalls anschließen und diesen unterstützen. Gerade auch für die Beratungsstelle seien die JAS-Kräfte wichtige Ansprechpartner und ein wichtiges Bindeglied, auch zum Jugendamt. Er erhofft sich beim Einsatz der JAS-Kräfte bei Grundschulkindern ebenfalls eine bessere Erreichbarkeit der Eltern als bei älteren Schülern.

Kreisrätin Karolina Forster fragt nach, ob die Fälle, die über die JAS-Mitarbeiter dem Jugendamt bekannt werden überwiegend neue Fälle seien oder ob diese dort bereits bekannt seien.

VARin Andrea Höning teilt mit, dass dies sowohl bekannte, als auch neue Fälle seien. Jedoch bieten die JAS-Kräfte ein niedrigschwelliges Beratungsangebot, dass von Betroffenen gut angenommen werde und so auch ein Kontakt zum Jugendamt

aufgebaut werden könne. Die Hemmschwelle, sich direkt an das Jugendamt zu wenden, sei oftmals höher.

Kreisrat Uli Münchmeier kann sich diesem Antrag ebenfalls anschließen und diesen unterstützen. Nach seinen Erfahrungen aus Vohenstrauß haben die JAS-Kräfte, die bereits an der Mittelschule im Einsatz sind, neben den Betreuungsangebot auch dabei geholfen, viele Kontakte zu den örtlichen Vereinen herzustellen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen, lässt Landrat Andreas Meier über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt den Bedarf für Jugendsozialarbeit an Schulen nach
§ 13 SGBVIII an der Grundschule in Vohenstrauß

Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 0

3 Änderung der Vollzeitpflegerichtlinie

VAmtfrau Christina Gebhard erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt sowie den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Die Gewährung von Vollzeitpflege nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) erfolgt aufgrund von Richtlinien, die von den kommunalen Spitzenverbänden zur Anwendung empfohlen und vom Jugendhilfeausschuss beschlossen werden.

Unter Punkt 2.2 der Richtlinie wird der Unterhaltsbedarf festgelegt, welchen die Pflegepersonen im Rahmen der Jugendhilfe in Form eines Pflegesatzes vergütet bekommen. Darüber hinaus haben Pflegepersonen, die ein Pflegekind auf Dauer betreuen, einen Anspruch auf das gesetzliche Kindergeld. Die Pflegepersonen erhalten damit den Pflegesatz vom Jugendamt sowie das Kindergeld von der Familienkasse. Gem. § 39 Abs. 6 SGB VIII wird in diesen Fällen vom Pflegesatz ein Betrag in Höhe des hälftigen gesetzlichen Kindergeldes abgezogen, so dass den Pflegepersonen im Ergebnis das hälftige Kindergeld zusätzlich zum Pflegesatz verbleibt. Verdeutlicht an folgender Übersicht:

Kindergeldanspruch der Pflegeperson gegeben:

Pflegeperson erhält von Familienkasse:	Pflegeperson erhält von Jugendamt:	Der Pflegeperson verbleibt im Ergebnis:
Kindergeld	Pflegesatz abzgl. hälftiges Kindergeld	Pflegesatz + hälftiges Kindergeld

Gerade zu Beginn eines Pflegeverhältnisses ist jedoch die Verbleibensperspektive des Kindes oftmals noch unklar. Die Pflegepersonen haben dann noch keinen Anspruch auf das staatliche Kindergeld, da nicht bestätigt werden kann, dass das Pflegeverhältnis auf Dauer bestehen wird. Somit sind die Pflegepersonen in diesen Fällen vergleichsweise finanziell in Höhe des hälftigen Kindergeldsatzes schlechter gestellt. Verdeutlicht an folgender Übersicht.

Kindergeldanspruch der Pflegeperson nicht gegeben:

Pflegeperson erhält von Familienkasse:	Pflegeperson erhält von Jugendamt:	Der Pflegeperson verbleibt im Ergebnis:
Kein Kindergeldanspruch	Pflegesatz	Pflegesatz

Um diesen Nachteil auszugleichen, soll folgende Formulierung in die Richtlinie unter Punkt 2.2.1 eingefügt werden:

Für den Zeitraum, in welchem Pflegepersonen das staatliche Kindergeld für ein Pflegekind gemäß § 62 ff EStG i.V.m. § 32 I EStG noch nicht zusteht (z.B. unklare Verbleibensperspektive des Pflegekindes - Merkmal „auf Dauer“ nicht erfüllt), wird zusätzlich zur Pflegepauschale ein Betrag in Höhe des jeweiligen hälftigen staatlichen Kindergeldsatzes gewährt. Dies gilt nicht für den Zeitraum, in welchem eine erhöhte Pflegepauschale gem. Nr. 5 dieser Richtlinie gewährt wird. Ausgenommen ist der Zeitraum der Inobhutnahme, solange ohnehin eine erhöhte Pauschale gewährt wird (längstens 8 Wochen - vgl. Nr. 5 der Richtlinie). Die Änderung der Richtlinie soll zum 01.03.2021 in Kraft treten.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorliegen, lässt Landrat Andreas Meier über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt folgender Ergänzung der Vollzeitpflegerichtlinie unter Punkt 2.2.1 zu:

Für den Zeitraum, in welchem Pflegepersonen das staatliche Kindergeld für ein Pflegekind gemäß § 62 ff EStG i.V.m. § 32 I EStG noch nicht zusteht (z.B. unklare Verbleibensperspektive des Pflegekindes - Merkmal „auf Dauer“ nicht erfüllt), wird zusätzlich zur Pflegepauschale ein Betrag in Höhe des jeweiligen hälftigen staatlichen Kindergeldsatzes gewährt. Dies gilt nicht für den Zeitraum, in welchem eine erhöhte Pflegepauschale gem. Nr. 5 dieser Richtlinie gewährt wird. Die Änderung tritt zum 01.03.2021 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 0

4 Antrag der Erziehungsberatungsstelle Weiden auf Bewilligung von zu-

VAmtfrau Christina Gebhard erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt sowie den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

1. Bewilligung von zusätzlichen Reinigungsstunden

Im Jahr 2008 hat sich die Erziehungsberatungsstelle räumlich vergrößert. Mit 350 m² wurden mit dem Umzug die Büroflächen fast verdoppelt. Die wöchentlichen Reinigungsstunden haben sich lediglich von 4,5 auf 6 Stunden (um 1,5 Stunden) erhöht. Im aktuellen Antrag wird eine Erhöhung der wöchentlichen Reinigungsstunden um weitere 6 Stunden auf 12 Stunden beantragt.

Unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Mittel wird vorgeschlagen, die Erhöhung der wöchentlichen Stundenzahl auf 9 Stunden statt 12 Stunden zu gewähren, um dadurch das Verhältnis von Büroflächen und wöchentlicher Reinigungsstunden vor Umzug wiederherzustellen. Für weitere Informationen wird auf den beiliegenden Antrag verwiesen.

2. Beteiligung an der bke¹-Onlineberatung

Ab dem Jahr 2021 möchte die Erziehungsberatungsstelle Weiden-Neustadt mit 2,5 Wochenstunden des bereits bewilligten Stundenkontingents die bke-Onlineberatung unterstützen. Es handelt sich um ein anonymes online-Beratungsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 21 Jahren. Das gesamte online-Beratungsangebot wird in Kooperation mit weiteren örtlichen Beratungsstellen erbracht. Somit steht Beratungssuchenden überregional ein solches Beratungsangebot unabhängig vom Wohnort zur Verfügung. Für weitere Informationen wird auf den beiliegenden Antrag verwiesen.

In der Bearbeitung des Antrags wurde die Frage der örtlichen Zuständigkeit hinsichtlich der finanziellen Beteiligung erörtert: Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass der online-Zugang auch in unserem Zuständigkeitsbereich bereits besteht (technisch) und auch genutzt wird, daher profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Neustadt a.d. Waldnaab von diesem Angebot, es schafft neue Zugangswege für Bürgerinnen und Bürger und entlastet die ortsansässige Erziehungsberatungsstelle. Aus diesem Grund soll auch die Erziehungsberatungsstelle ein Stundenkontingent im Rahmen der bewilligten Ressourcen zur Verfügung stellen, um als Teil der Solidargemeinschaft das Vorhalten der bke-Onlineberatung unterstützen zu können.

Eine Frage zum Reinigungsaufwand, auch im Hinblick auf die Corona-Pandemie von Kreisrätin Sonja Reichold wird von Herrn Gunter Hannig zufriedenstellend beantwortet.

Des Weiteren teilt Herr Gunter Hannig einige Informationen zum Antrag zur Beteiligung an der bke-Onlineberatung mit und schildert kurz die Beweggründe.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Landrat Andreas Meier über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Antrag der Erziehungsberatungsstelle Weiden-Neustadt wie folgt zu:

1. Es wird eine Erhöhung der wöchentlichen Reinigungsstunden um 3 Stunden auf insgesamt 9 Wochenstunden ab 01.01.2021 gewährt.
2. Der Verwendung von 2,5 Wochenstunden des bereits bewilligten Fachkräftekontingents zu Erbringung der bke-Onlineberatung ab dem Jahr 2021 wird zugestimmt.

¹ Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) ist der der Fachverband der Erziehungs- und Familienberatung in Deutschland.

Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 0

Landrat Andreas Meier teilt mit, dass coronabedingt auf den üblichen Vortrag des Geschäftsberichts verzichtet wird. Er verweist dazu auf den im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellten bzw. an die übrigen Mitglieder zugesandten Geschäftsbericht 2019. Neben der Möglichkeit für Fragen in der heutigen Sitzung, sei auch eine Kontaktaufnahme per E-Mail an Frau Höning möglich.

Kreisrätin Sonja Reichold teilt mit, sie habe sich den Geschäftsbericht ausführlich durchgesehen und im Großen und Ganzen sei festzustellen, dass der Landkreis im bayernweiten Durchschnitt nicht schlecht dastehe. Zwei Anmerkungen habe sie dennoch. Zum einen sei ihr aufgefallen, dass der Anteil an Schulabgängern ohne Abschluss relativ hoch sei. Dazu fragt sie nach, ob hier seitens des Jugendamtes bereits reagiert wurde. Zum anderen fragt sie nach den Vollzeit-Äquivalenten. Hier sei für den Landkreis eine Zahl von 2,45 Vollzeitäquivalenten je 1.000 Einwohner angegeben. Hier würde sie interessieren, was hier der bayernweite Durchschnitt sei, da dies dem Bericht nicht zu entnehmen sei.

VARin Andrea Höning antwortet, dass sie zur Frage hinsichtlich der Vollzeitäquivalente ebenfalls keine anderen Zahlen beziehungsweise Vergleichswerte habe. Grundsätzlich sei das Jugendamt des Landkreises im Vergleich zum bayernweiten Durchschnitt gut aufgestellt. Die Frage zu den Schulabgängern ohne Abschluss sei schon oft in verschiedensten Gremien diskutiert worden. Eine genaue Ursache könne aber nicht genannt werden. Grundsätzlich sei bei diesen Zahlen aber die Vergleichbarkeit mit anderen Bezirken schwierig.

Landrat Andreas Meier fügt hinzu, dass die Frage zu den Schulabgängern ohne Abschluss schon länger ein Thema sei. Was genau die Ursache sei, sei aber schwierig zu sagen. Zu den Vollzeitäquivalenten teilt er mit, dass sich der Personaleinsatz im Jugendamt nach dem Personalbemessungsgutachten des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes orientiere.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Landrat Andreas Meier den Geschäftsbericht 2019 zur Kenntnis zu nehmen und verweist auf die Möglichkeit, dass Frau Höning für weitere Fragen jederzeit als Ansprechpartnerin zur Verfügung stehe.

Zur Kenntnis genommen

VARin Andrea Höning informiert den Jugendhilfeausschuss über aktuell laufende Angelegenheiten im Jugendamt:

KoKi - Netzwerk frühe Kindheit

Die KoKi wird personell aufgestockt und ab 01.07.2021 mit zwei Vollzeitstellen besetzt.

Kindergartenprognosetool

Es wurde eine Abfrage bei den Kindergärten im Landkreis durchgeführt. Die Rückmeldung ergab lediglich 13 Interessensbekundungen. Bei sechs Kindergärten kam eine negative Rückmeldung. Die restlichen hätten sich auf die Umfrage nicht gemeldet. Angesichts der aktuell zurückhaltenden Nachfrage ist vorgesehen, das Kindergartenprognosetool seitens des Landkreises vorerst nicht weiter zu verfolgen.

Weitere Wortmeldungen unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges, Wünsche und Anfragen“ liegen nicht vor.

Landrat Andreas Meier beendet um 15:20 Uhr die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Andreas Meier
Landrat

Marcel Weidner
Schriftführung